



Jetzt sind Sie gefragt!

Gemeinderat erklärt Bürgerbegehren "Möbelhaus – Nein danke!" jetzt doch für zulässig.

Der Weg zum Bürgerentscheid ist damit frei.

Nach dem einstimmigen Beschluss des Gemeinderats vom 24. Mai kommt es damit am 11. Juli nicht mehr zur öffentlichen Verhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht.

War die Angst des Bürgermeisters vor einer Blamage zu groß? Wurden in der CSU Bedenken laut? Hat die SPD überzeugt?

Am 8. Juli entscheidet Ihre Stimme,

- ob der Möbelgigant noch mehr Verkehr nach Aschheim zieht,
- ob Aschheim immer weiter zugepflastert wird,
- ob Aschheim sich abhängig macht von einem Großinvestor,
- ob ortsansässige Betriebe in ihrer Existenz bedroht werden,
- kurz: ob die Gemeinde um einmaliger Geldzahlungen willen langfristig erhebliche Nachteile für uns alle in Kauf nimmt.

Darf der schnelle Euro mehr Gewicht haben als die Zukunft unserer Heimat?

Lassen Sie es nicht zum Ausverkauf der Aschheimer Flur kommen. Stimmen Sie deshalb am 8. Juli mit **ja**.

Hintergrundinformationen zum aktuellen Sachstand finden Sie auf der Rückseite.

Bürgerentscheid kommt!

Am 24. Mai 2007 wurde das Bürgerbegehren für zulässig erklärt, verschämt angekündigt als „Sachstandsbericht“. Die Gemeindeverwaltung hält es zwar nach wie vor für nicht zulässig – hat sich also offensichtlich weder vom Bayerischen Verwaltungsgericht noch vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof belehren lassen – hat es aber für zulässig erklärt, um Möbel-Lutz möglichst schnell anzusiedeln. Ist eine solche Vorgehensweise überhaupt rechters?

Die Gemeinde behauptet, das Bürgerbegehren ginge an den Realitäten vorbei. Tatsache aber ist, dass Aschheim bereits jetzt massiv unter Verkehr leidet und eine weitere Verkehrszunahme nicht hinnehmbar ist. Glaubt jemand im Ernst, dass durch den Bau von Möbel-Lutz weniger Verkehr durch Aschheim fließt? Es heißt, die lange geplante Umgehungsstraße könne nur gebaut werden, wenn Möbel-Lutz kommt – das ist eine bewusste Fehlinformation.

Weiter wird behauptet, ein weiteres Möbelhaus im Münchner Osten sei notwendig. Tatsache ist hingegen, dass der vom Möbelhaus selbst behauptete Bedarf bloß nicht verneint wurde.

Seitdem von der Gemeinderatsmehrheit am 16. Januar 2007 das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt wurde, hat die Gemeinde alles getan, um es zu verzögern, in der Zwischenzeit Fakten zu schaffen und Möbel-Lutz den Boden in Aschheim zu bereiten:

1. Die 20. Änderung des Flächennutzungsplans wurde weiter betrieben. Die Regierung von Oberbayern hat im Raumordnungsverfahren deutlich gesagt, dass das Projekt nur dann zustimmungsfähig ist, wenn der vorgesehene Standort an der Autobahn künftig nicht mehr isoliert vom Ortsgebiet sein wird, wörtlich: „Der Flächennutzungsplan der Gemeinde verdeutlicht zudem die künftige bauliche Entwicklung zwischen dem Hauptort und dem Projektstandort.“ Das bedeutet, dass der 20. Änderung zufolge die Äcker und Wiesen zugepflastert werden sollen und sogar müssen!
2. Den entsprechenden Bebauungsplan per Satzung beschließen lassen – das hätte sie bei sofortiger Erklärung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ebenso wenig tun dürfen wie die Flächennutzungsplanänderung weiter zu verfolgen.
3. In der Jahresrechnung 2006 sind sechs Millionen Euro als Einnahme von NH Immobilien (Möbel-Lutz) ausgewiesen. Da der im Juli 2005 dazu geschlossene Vertrag aus verschiedenen Gründen nichtig war, versuchte man seit dem 16. Januar, einen juristisch einwandfreien neuen Vertrag zu formulieren. Aufgrund eines nichtigen Vertrages geflossene Gelder sind vom Investor nämlich ohne weiteres rückforderbar!
4. Die neue Auffahrt von der Eichendorffstraße auf die Staatsstraße 2082 wurde gebaut. Behauptet wird, dieser Bau wäre nicht möglich gewesen, wenn man das Bürgerbegehren sofort zugelassen hätte. Das ist reine Stimmungsmache gegen die Initiatoren.
5. Der Bürgermeister hat die Zeit seit Mitte Januar intensiv genutzt, um in Vereinen, auf der Bürgerversammlung und andernorts zu behaupten, ohne den Geldsegen Möbel-Lutz müsse sich die Gemeinde finanziell enorm einschränken und lange geplante Investitionen verschieben. Geht der wirtschaftliche Aufschwung an Aschheim vorbei, ist die Gemeinde urplötzlich verarmt und ohne XXXLutz handlungsunfähig?

Seit dem 24. Mai ist klar, dass der Bürgerentscheid am 8. Juli 2007 stattfinden wird. Dann entscheiden **Sie**, ob Sie der Ansiedlung eines Möbelgiganten mit all seinen Konsequenzen zustimmen oder nicht. Jetzt werden die Argumente ausgetauscht, am 8. Juli abgestimmt. Sollte das Ergebnis der Meinung der Gemeinderatsmehrheit widersprechen und den Initiatoren des Bürgerbegehrens Recht geben, hat die CSU allerdings bereits angekündigt, ein Ratsbegehren zu starten, das dann den Möbelgiganten doch noch nach Aschheim holt.

Nichts scheint schlimmer zu sein, als Investitionen aus eigener Kraft solide zu finanzieren, und eine Meinung zu akzeptieren, die nicht die eigene ist.

Ingrid Lenz-Aktas

- Vertreterin des Bürgerbegehrens -